

Artenschutz-Konferenz in Münster Hiltrup am 16.3.2024

Die 10. Artenschutzkonferenz fand in der Stadthalle Hiltrup statt. Die Begrüßung und Einstimmung erfolgte durch den ehemaligen Landtagsabgeordneten und Ex-Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz Johannes Remmel. Er betonte, wie wichtig es sei miteinander zu diskutieren und Grüne Kernanliegen wieder mehr in den Fokus zu rücken. Artenschutz müsse auf gleicher Ebene wie die Wasserrahmenrichtlinie betrachtet und umgesetzt werden. Die Naturwiederherstellungsverordnung der EU sei ein wichtiger erster Schritt. Er forderte darüber hinaus:

"Wir brauchen in allen Gesetzen Vorkaufsrecht in öffentlicher Hand, um an Flächen zu kommen." Auch gäbe es im Naturschutz beim Personal Nachwuchsprobleme. Die Transformation erfordere deutlich mehr Geld, um zu gelingen. Er stellte den Eigentumsschutz dem Gemeinwohl gegenüber. "Gemeinwohl muss auch ökologisch gesehen werden. Eigentum muss im Sinne des Gemeinwohls nutzbar sein." Dies ginge aber natürlich nur mit einer Verfassungsänderung.

Er sprach weiter von der Wichtigkeit des Schutzes von Boden, um Anforderungen des Klima- und Artenschutzes zu erfüllen und plädierte für Bodenkampagnen.

Außerdem bedauerte er, wie auch große alte Bäume wie z.B. Buchen mittlerweile bei uns vertrocknen. „Ist die Buche noch unsere Leitbaumart?“, fragte er. „Wir müssen die Natur ertüchtigen für die Zukunft. Neben dem Bewahren und Wiederherstellen brauchen wir auch Entwicklungs naturschutz im Sinne des Arche-Gedankens. Was müssen wir jetzt sichern, damit es zukünftig wieder gedeihen kann, wenn/falls wir den Klimawandel in den Griff bekommen?“ Er forderte abschließend, dass Schutzinteressen und Nutzinteressen besser zusammengebracht werden müssen. Ein mögliches Instrument könnten Klimaverträge sein, wie es sie für Unternehmen bereits gibt. Diese müssten ausgeweitet werden auch auf Nutzerinnen und Nutzer.

Der Bürgermeister von Hiltrup und Bergfidel Wilfried Stein begrüßte alle Anwesenden und forderte eine Gemeinwesenorientierung wirtschaftlicher und politischer Entscheidungen.

„Wir unterstützen die Anliegen und möchten die Artenschutzkonferenz hier gern als Tradition haben“, lud er bereits für die Zukunft in die Stadthalle ein. Darüber hinaus pochte er darauf, dass die Bildung für Nachhaltige Entwicklung in alle Kitas und Schulen gehört, um schon bei den Jüngsten die nötige Sensibilität für Artenschutzthemen zu fördern.

Nach ihm sprach Christiane Grefe, Buchautorin und freie Journalistin der „ZEIT“ über den Kosmos der Bodenlebewesen. „Die existenzielle Bedeutung des Bodens wird oft übersehen. Im Boden tobt Vielfalt.“ Diese Vielfalt wurde sogar hörbar gemacht durch Universitäten in der Schweiz. Mikroorganismen, viele sind noch unbekannt, sterben wahrscheinlich aus, bevor wir sie kennen, so Grefe. Dabei seien sie unverzichtbar für den Kreislauf der Natur. Durch die „Ökosystemdienstleistungen der Mikroorganismen“, die Zersetzung von organischem Material, gäbe es eine permanente „Wiederauferstehung“. Die unterirdische Vielfalt werde noch zu wenig wahrgenommen, dabei sei der Boden das Wichtigste.

Böden werden vergiftet, überdüngt, verdichtet, versiegelt. Fast 2/3 der Böden sind laut EU geschädigt. Jeden Tag werden 75ha versiegelt. Es dauert Jahrhunderte bis Boden sich regeneriert. Grefe betonte den Zielkonflikt: „Alle wollen was vom Boden - Baustoffe, Tagebau, Landwirtschaft,... Bei dem Druck, der auf den Boden ausgeübt wird, müssen wir klare Prioritäten setzen!“ Grefe mahnte immer wieder: „Boden ist endlich. Er ist nicht vermehrbar.“ Sie prognostizierte, dass Preise für den Boden schon jetzt und auch zukünftig immer höher werden. Wer Land besitzt, muss gut damit umgehen. „Eigentum verpflichtet. Der Schutz des Bodens für das Gemeinwohl wird aber oft vernachlässigt.“

Sie forderte, dass die Wirtschaft vom Boden her ganz neu gedacht werden müsse. Dies bedeute einen Riesen-Umbruch, Ausdauer, Geduld und Unterstützung der Landwirt*innen. „Wir haben keine Zeit mehr. Wir müssen weiter bohren! Wie viele Bodenorganismen!“

Dabei ermahnte sie auch die Grünen in Verantwortung: „Auch grünes Wachstum ist nicht unendlich. Man kann die Grenzen vielleicht ausdehnen aber nicht sprengen. Wir müssen Prioritäten setzen, uns begrenzen, verzichten, Wohlstand anders definieren!“

Aus dem EU-Parlament war Jutta Paulus zu Gast und berichtete vom Tauziehen um das „Nature Restoration Law“.

Viele Schutz- und FFH-Gebiete sind in keinem guten Zustand. Deutschland liegt beim Artenschutz im unteren Drittel. Bei Vogelschutz verstoßen wir regelmäßig gegen Auflagen.

Laut Klimarisikobericht ist Europa nicht gut aufgestellt für den Klimawandel. Alle Fakten sprechen dafür, wie dringlichst mehr Natur- und Artenschutz benötigt wird. Das Renaturierungsgesetz habe zum Beispiel zum Ziel bis 2030 mehr Grün in Städte zu bringen, 25.000 km frei fließende Flüsse zu

realisieren, Moore zu renaturieren etc. Doch kaum habe man sich auf Entlastung geeinigt, würden bereits für Landwirte Verpflichtungen zu Ökosystem-Schutzmaßnahmen aufgehoben, die 4%-Brachen-Regelung sei weggefallen, Erosionsschutzmaßnahmen beschnitten und auch Fruchtfolgen müssten nicht mehr wie zuvor eingehalten werden. Sie forderte die Umsetzung des Green Deals, Richtlinien für die Vernetzung von Ökosystemen, eine Neufassung der Regeln zur Pestizidzulassung, eine GAP-Reform, sowie eine Reform des Chemikalienrechts.

Umweltrechtler und EU-Naturschutz-Referent für den NABU Dr. Raphael Weyland nannte die bekannten Treiber der Naturkrise laut IPBES. Bis 2030 müsse ein deutlicher Wandel geschehen. Für die EU schlug er eine Biodiversitätsstrategie vor, in der mehr als 39 Maßnahmen 30% des Meeres und der Landflächen streng schützen, zur Not gesetzlich. Für die Landwirtschaft sollen 50% Pestizidreduktion, 20% Düngemittel-Reduktion und 10% Landschaftselemente angestrebt werden. "Ein bisschen Naturschutz machen, reicht nicht. Es braucht eine echte Transformation. Aber viele Versprechen werden gebrochen, vor allem Landwirtschafts- und Schutzgebietsversprechen. Von der Leyen nimmt die Pestizidverordnung zurück, Brachflächen können flexibler genutzt werden, etc. Die bisherigen Schutzgebiete reichen nicht aus", beklagte er. Es gäbe zu unverbindliche Absprachen und zu viele Schlupflöcher.

Den Landtag vertrat Dr. Volkhard Wille, Biologe und Sprecher des Ausschusses für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forste und ländliche Räume.

„Außerhalb der Naturschutz-Bubble findet Naturschutz nicht statt“, konstatierte er. Es bräuchte viel mehr Aufmerksamkeit und breitere Betroffenheit. „Demokratie-Demonstrationen sind auch für den Umweltschutz wichtig. Im autoritären System wird es Umweltschutz nicht geben. Autobahnen bauen, Natur zerstören geht immer ganz schnell. Natur erhalten und schützen dauert zu lange und geht immer nur mit dem kleinsten gemeinsamen Nenner.“

Die Grundlagen für den Biodiversitätsschutz seien eigentlich gut, aber es scheitere an der Umsetzung. „Wir brauchen bei den Bezirksregierungen eigene Dezernate für Naturschutz und müssen die Umsetzungsbehörden unbedingt stärken.“ Damit Naturschutz nicht nur auf dem Papier stünde, seien Geld und Personal langfristig wichtig.

Die Bürgermeisterin von Mettingen Christina Rählmann stellte das „Leitbild Außenbereich“ vor, welches Mettingen jüngst auf den Weg gebracht hat. Das Konzept für mehr Biodiversität enthält unterschiedlichste Initiativen wie Bürgergärten, Wallheckenpflege zusammen mit der örtlichen Hauptschule, Fairpachten von Flächen für den Naturschutz, etc. Ferner wurde ein Biotopverbundkonzept verabschiedet. Dafür wurden Flächen kartiert, bewertet und priorisiert. Die Maßnahmen zur Optimierung müssen nun umgesetzt werden. Hartmut Storch, Mitarbeiter der biologischen Station Steinfurt, stellte den Biotopverbund vor. „Es muss Biotopkorridore geben. Hindernisse sind Straßen, Mauern, Zäune usw. Die normalen Biotopflächen sind zu klein und vom Rand her werden häufig schädliche Stoffe eingetragen, eigentlich müsste es Pufferzonen geben“, forderte er.

Thomas Zimmermann (Naturschutzzentrum Kreis Coesfeld) und Katja Behrendt, Pressesprecherin der DBU Naturerbe stellten die Initiative des Bundes "Das Nationale Naturerbe" vor. Es gäbe 164.000 ha wertvolle Naturschutz-Flächen, die es zu bewahren gelte, unter anderem „Das grüne Band“, Bergbaufolgeflächen, ehemalige Truppenübungsplätze, etc.

23 Flächen haben über 1000 ha in NRW. Beide arbeiten an der Realisierung eines Aktionsprogramms Natürlicher Klimaschutz und wollen im Naturerbe Borkenberge Deutschlands zweitgrößtes Beweidungsprojekt „Westfalens Wilder Westen“ realisieren, wo vor allem Mega-Herbivoren wie Wisente zur nachhaltigen und klimafreundlichen Gestaltung bzw. dem Erhalt der einzigartigen Landschaft eingesetzt werden sollen.

MdB und Parlamentarischer Staatssekretär der Grünen Jan Niclas Gesenhues, für seine Expertise und Passion im Natur- und Umweltschutz bekannt, sagte in einer abschließenden Diskussionsrunde auf den Vorwurf, dass die massive Förderung der erneuerbaren Energien Bemühungen im Artenschutz oft konterkarieren: "Ökosysteme sind Helden des Klimaschutzes. Man darf Klimaschutz und Biodiversitätsschutz nicht gegeneinander ausspielen." Artenschutz und der Ausbau erneuerbarer Energien müssen in Einklang gebracht werden.

Norwich Rübe (MdB, Sprecher für Landwirtschaft, Tierschutz und Verbraucherschutz): „Es sind herausfordernde Zeiten. Da wird es schwierig nur 5ha zu versiegeln.“ 2 Meilensteine für den Naturschutz könnten der zweite Nationalpark sein und eine Stoffabgabe um endliche Ressourcen noch mehr zu schützen. Man müsse wirtschaftlich attraktive Angebote machen. Landwirtschaft müsse schließlich unsere Nahrung produzieren. Er warnte aber vor der Entfernung von Naturschutz und Landwirtschaft. „Es müssen mehr Tiere auf die Weiden. Artenschützer und Landwirte dürfen sich nicht um Flächen streiten. Es muss zusammen gehen!“ Er warb dafür, in den Kommunen die

ökologische Transformation voranzutreiben, indem viel mehr Entsiegelung stattfinden müsse, eigene Flächen ökologisch aufwerte und man „mit gutem Beispiel voran“gehe.